

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der Klassenkampf erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis: 15 Pf. monatlich 2.00 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, einschließlich Post- und Druckkosten. Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg. e.ö.m.B. Halle. Vertriebsstelle: 14.

Wird der Arbeiter-Interessen-Zeitung
Der Rote Stern

Abonnement: 12 Pf. für den Monat, 1.00 Mark für ein Jahr. Einzelhefte: 10 Pf. im Vorverkauf. Abonnentenliste: 12 Pf. im Vorverkauf. Halle-Merseburg: 2221. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Postfach: 1000. Halle-Merseburg: 1000. Halle. Postfach: 1000. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 17. Dezember 1928

8. Jahrgang * Nr. 296

Hermann Müller will demissionieren wenn die SPD. einen Antrag gegen die zweite Panzerkreuzerrate stellt! Ein vernichtendes Dokument

Der bekannte günstige Wind weht uns in den Besitz eines „vertraulichen Rundschreibens“ der Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrien e. B. über die innere und außenpolitische Situation. Das Rundschreiben enthält eingehende Mitteilungen über die geheimen Absichten und Pläne innerhalb der Koalitionsregierung, die wir hiermit der proletarischen Öffentlichkeit übergeben. Das Rundschreiben trägt folgende Überschrift:

„Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrien e. B., volkswirtschaftliche Abteilung, Drahtanschrift: Gesamtwerk Berlin.“

Berlin, NW 37, den 23. November 1928.

Rundschreiben Nr. 703.
An die Herren Mitglieder der angeschlossenen Verbände.
Vertraulich!

Es folgt nach einer Einleitung über die Stellung Streifensmann und der bürgerlichen Parteien folgender Absatz zur Panzerkreuzerrate:

„Zu der Panzerkreuzerrate wäre noch eine Anmerkung zu machen.
... Groener drohte mit einer Reichspräsidentenwahl. So sehr dieser gemeinsame Feind von Reichspräsident und Wehrminister im Falle des Panzerkreuzers Gutes gestiftet haben mag, wird man andererseits nicht die Augen vor den möglichen Gefahren einer solchen gemeinsamen Drohung von Reichspräsident und Wehrminister gegenüber dem Parlament verschließen dürfen. Wenn derartige politische Uebungen werden sollte, so muß man sich daran denken, was geschehen würde, wenn diese Uebung von einem Reichspräsidenten und Wehrminister gehandhabt wird, die nicht aus dem bürgerlichen Lager kommen.“

Die ganze Panzerkreuzerrate ist im übrigen entfallen, auch für die Zukunft; denn es liegt eine vertrauliche Erklärung des Reichspräsidenten vor, wonach er bei einer Erneuerung des abgelehnten sozialdemokratischen Antrages — etwa bei den nächsten Wahlen für den Panzerkreuzer — seinen Rücktritt erklären wird.

Dann wird von bürgerlicher Seite am besten die Taktik verfolgt, den Streit um den Panzerkreuzer nicht wieder aufkommen zu lassen, andernfalls würde die Stellung der gemäßigten und vernünftigen Sozialdemokratenführer gegenüber den Radikalführern bis zur Unhaltbarkeit geschwächt werden, woran das Bürgertum gar kein Interesse hat, am wenigsten die Wirtschaft.
Neben der Panzerkreuzerrate hat das Kabinett den andern Geschäftspunkten nacheinander ebenfalls glänzend überwunden, den Eisenkonflikt... außerordentlich geschickt die Taktik der Zurückhaltung, den ehemaligen Metallarbeiter und jetzigen Reichsinnenminister Seering als Schiedsrichter anzunehmen...“

Das ganze schamlose Manöver der Panzerkreuzerpolitik in der vergangenen Reichstagsperiode enthielt sich nun vor den Augen der Arbeiterschaft. Auch jeder sozialdemokratische Arbeiter weiß nun, wie die Herrmann Müller u. Co. Schindluder mit ihm und seinen Klasseninteressen treiben. Ein Sturm der Entrüstung über den schamhaften „vertraulichen“ Raub des sozialdemokratischen Reichspräsidenten muß und wird die Antwort der sozialdemokratischen Arbeiter sein!

Schon heute zeigt sich der wachsende Widerstand innerhalb der proletarischen Mitgliedschaft der SPD. gegen die Verdrängungspolitik der Ministerialbürokratie. Die harte Sprache der Zeitungen widerspricht alle trügerischen Hoffnungen und Illusionen über den Koalitionspolitik, über das angebliche „kleinere Übel“, wie sie den SPD-Mitgliedern nach dem 20. Mai bei der Bildung der Herrmann-Müller-Regierung künstlich eingeimpft wurden.

Schon mühen die Helfershelfer der Koalitionsverdränger, die gemäßigten „linken“ SPD-Führer, vor den Massen einen widerwärtigen Scheinabstand demagogisch zu erwecken und sie von der offiziellen Politik abzulenken. So nimmt die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ vom 18. Dezember in einem Leitartikel „Der Kanzler redet“ zu Hermann Müllers letztem Auftreten auf einem Bankett der bürgerlichen Presse Stellung. Das SPD-Bankett!

„Der Reichspräsident heißt Hermann Müller. Er ist ein großer Feind. Ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung ist jedes Maßes müde.“

Stimme, damit sie durch die von ihr aufgestellten Kandidaten im Parlament die Arbeiterinteressen vertreten kann... Als Hermann Müller nach Übernahme des Amtes die Regierungserklärung vorlesen wollte, war der Eindruck in der Arbeiterschaft allgemein ein unbefriedigender... Doch wurde verhindert, daß diesen Worten bald bessere Taten folgen sollten. Auf diese Taten wartet die Arbeiterschaft heute noch.

Die SPD hat eine neue Rate des Reichspräsidenten... Die Deutsche Sozialdemokratie hat schon oft die Rate recht eifrig demonstriert, wie sehr gerade die Regierung von ihr abhängig ist, und die sozialdemokratischen Minister haben durch ihr Nachgeben diese Abhängigkeit von der Deutschen Sozialdemokratie durchaus anerkannt. Mit den politischen Taten dieser Regierung läßt sich bisher (21) nicht allzuviel Staat machen. Dennoch ist es der Kanzler des Reichspräsidenten zu haben, etwas von diesem seiner Regierung zu sagen. Ausgerechnet die Aktion der Reichsregierung gegen (11) die ausgesprochenen Eisenarbeiter hob er hervor... Wir können nicht annehmen, daß ihn unbesorgt gelassen sein soll, welche große Enttäuschungen nicht nur unter den ausgesprochenen Arbeitern wegen dieses Vorgehens der Regierung ausgelöst wurde... Das eine wissen wir, daß die neun Millionen proletarischer Wähler, die im Mai dieses Jahres der Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgesprochen haben, von einem Kanzler, der Sozialdemokrat ist, warten, daß er anders redet als einer, der kein Sozialdemokrat ist.

und daß seine Regierung eine Politik betreibt, die einen grundlegenden Bruch bedeutet mit der Politik, die der Bürgerkrieg führte. Und auf beides warten sie noch.“

Wie lange noch?

Wenn es nach dem Willen der linken SPD-Führer ginge, würden die sozialdemokratischen Arbeiter und Wähler tatsächlich weiter „warten“, ob der Arbeitererrat der Hermann Müller, Seering und Kumpner sich nicht eines Tages noch in „sozialistische Politik“ verzwängen. Solche Hoffnungen veracht ja auch der „Volksbote“ in Bezug für seinen Leserkreis zu erwecken. Aber die Arbeiter sind nicht so dumm, wie die „linken“ Schaumflügel es gern läßt. Mit derselben Erbitterung, mit der sie die Arbeiterschaft und auch die SPD-Arbeiter gegen den Koalitionserrat der Panzerkreuzerrate, der Regierung des Reichspräsidenten, der Regierung der radikalen Offiziere gegen den RFB, wenden, — mit der gleichen Entschlossenheit mühen die SPD-Arbeiter auch die verlogenen und demagogischen Versuche der „linken“ SPD-Führer zu zerlegen, die immer von neuem die rebellierenden Arbeiter für die SPD, und ihre Koalitionspolitik empfinden verführen.

Die erneuten Beweise, die wir heute über die verdrängende Rolle der sozialdemokratischen Führerschaft übermitteln, zeigen jedem ehrlichen Klassenbewußten Arbeiter, daß es für ihn nur eine Weg gegeben kann:

Schärfsten Kampf gegen die Partei des Panzerkreuzers, des Panzererrates und des Reichspräsidenten, Bruch mit der SPD, Zusammenfassung in der proletarischen Klassenfront unter Führung der RPD!

Kriegsausbruch in Südamerika

Blutige Kämpfe zwischen bolivianischen und paraguayischen Truppen

(Eig. Drahtm.) Neuport, 16. Dezember.

Nach amerikanischen Zeitungsmeldungen haben zwischen den bolivianischen und paraguayischen Truppen blutige Kämpfe stattgefunden. Die bolivianischen Truppen haben die Forts Bolson und Rojas Silva besetzt. Bolivianische Flugzeuge bombardierten die Stellung der Paraguasener am Ufer des Pilcomayo.

Der Präsident von Bolivien erklärte zunächst im Kongress und später vor einer nach 30 000 Köpfen zählenden Menge, im unteren Teil der Bevölkerung Mitteilung von dem Siege zu machen. Bolivien hat durch seinen Präsidenten dem Völkerbund mitgeteilt, daß es Genugtuung verlange und militärische Maßnahmen ergreifen müsse. Paraguay hat Truppen an vielen vorliegenden Punkten aufmarschieren und neue Zusammenstöße heraufbeschworen.

Eine amtliche Mitteilung aus Bolivien betont, daß die Regierung eine Wiederholung von Zusammenstößen vorbeugen werde. Die Behauptungen Bolivians hätten sich verwirklicht. Die bolivianische Bevölkerung ist kampfbereit. Die bolivianischen Verbindungen verlangen ihre sofortige Einstellung in die Armee.

Blutige Grenzämpfe

(Eig. Drahtm.) London, 16. Dezember.

Nach einer Mitteilung des bolivianischen Kriegsministeriums hat an der Grenze ein neues blutiges Gefecht stattgefunden, über dessen Verlauf aber noch keine Einzelheiten bekannt sind.

Paraguay mobilisiert zehn Jahrgänge

(Eig. Drahtm.) London, 16. Dezember.

Die Regierung von Paraguay hat am Sonntag einen Erlass veröffentlicht, durch den die Mobilisierung von zehn Jahrgängen, und zwar die Altersklassen von 18 bis 28 Jahren, vorgenommen wird.

Wird Brasilien und Argentinien eingreifen?

(Eig. Drahtm.) Genf, 16. Dezember.

Das Gebiet, um das es in Paraguay und Bolivien der Streit geht, ist gleichzeitig auch Nachbarland von Argentinien und Brasilien. Es besteht die Möglichkeit von Rückwirkungen des Konfliktes auf Argentinien und Brasilien. Wenn sich die feierlichen Aktionen fortsetzen, wird wahrscheinlich die brasilianische Regierung sich zu einem Eingreifen gezwungen sehen.

Kriegsgerichtsurteil in Rumänien

Die „demokratische“ Masse des Maniu-Regimes zerlegt

(Eig. Drahtm.) Bukarest, 16. Dezember.

Im Prozeß gegen 30 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle vor dem Kriegsgericht in Galatz wurde das Urteil gefällt.

Es wurden verurteilt: Moses Kabanu zu 7 Jahren, der Pioneer Titin zu 8 Jahren, Jenny Kucerschi zu 6 Jahren, Jacob Pazgar zu 8 Jahren, Andrei Grahulicher, Doru Schwarz zu 2 Jahren Kerker. Einige ins Ausland geschickte Angeklagte wurden zu je 10 bis 15 Jahren Kerker, 15 weitere Angeklagte zu Strafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren Kerker verurteilt.

Das Urteil ist wiederum der Ausdruck des Terrors, der unter der angeblich demokratischen Regierung der Nationalarmeen in Rumänien ebenso herrscht, wie unter der Bratunov-Diktatur. Zur Nacht gelangt, hat die Regierung bisher durch alle ihre Taten bewiesen, daß sie keines von den vor ihrem Regierungsantritt gegebenen Versprechen gehalten hat. Zwar hat sie formell verbreitet,

daß der Belagerungszustand aufgehoben ist, doch ist dieser Prozeß wieder vor einem Kriegsgericht verhandelt worden und hat mit Terrorurteilen geendet.

Dieser Prozeß ist geeignet, den rumänischen Arbeitern und Bauern alle Illusionen zu rauben und ihnen zu zeigen, daß hinter der demokratischen Maske dieser Regierung sich der Wille verbirgt, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zerschlagen, ihre Führer pöppelhaft zu vernichten.

Aus Indien ausgewiesen

Nach einer Meldung des „Forward“ ist John W. Johnson, der als Vertreter der Liga gegen den Imperialismus an dem bevorstehenden indischen Gewerkschaftstreffen teilnehmen wollte, durch die Regierung von Bengalen aufgefordert worden, Britisch-Indien sofort zu verlassen.

Der Minister mit den 6 Schlafzimmern!

Wie die Reichsregierung für die hohen Beamten sorgt und die unteren hungern läßt Die Beratungen des Nachtragsetzels 1928 im Reichstag

Berlin, 16. Dezember.
Nachführung des Reichstags! Eine eigentümliche Senation. Die Tribünen sind bis zum letzten Platz besetzt und selbst die Pressetribüne wird heute nicht leer gelassen. Alles was die Reichsregierung im Reichstag mitteilen und vor allen Dingen die Auswirkungen des Schnapsverbots auf die Reben der Abgeordneten beobachten. Es stimmt, Schnaps wurde zwar nicht getrunken, aber dafür gab es Wein und Bier — wenn man wollte, auf Umwegen Reichswasser. Man munkelt auch, daß die Deutschnationalen auf ihren Praktikanten eine Schwärzerei hatten. Besonders „lustig“ und „fidel“ waren in der Nachführung die Nationalsozialisten, die durch ihren Redner Dr. Fried nachträglich den Tagesordnungspunkt „Seitens“ einlegten.

Die erste Sitzung begann um 10 Uhr mit einem Beratungssitzung von etwa einer halben Stunde. Dann wurde vertagt — auf 0 Uhr 1. Verlesene Fraktionen besaßen den Abgeordneten Dr. Wegmann der Wirtschaftspartei, weil er der Veranstalter der Sitzung zur ungenügenden Zeit war. Scherzhafte erhielt dieser Mann den Titel „Nachträglich“. Dem Reichstagsrat waren einige Herren unter Führung des Reichstagsleiters im elocutionen, gekleidet, gekleidet und schwerer Kette erschienen. Eines ist nicht alles Gold, was glänzt, denn Hinter der Rebe eine schmachtliche Rebe, um so schmachtlicher, als er das Defizit von über 600 Millionen Mark im Staatshaushalt eingestanden, neue Steuern angekündigt und gleichzeitig die Erweiterung der Reichsbahn zu den nachträglich „seiner“ großen Koalition forderte. Es folgte die Ausrede. Der sozialdemokratische Beamtenführer Falkenberg hielt seine Jungferrede — zum Dapaulianen. Ein Gelehrter von „belebenden Mäusen“ und „manuellen Möglichkeiten“ des Reichsregierens. Man merkte es sehr einem Teil der Sozialdemokratie an, daß ihnen die Rede des Falkenbergs unangenehm war, der plump in Versammlungsmann glaubte, auch im Reichstag durch demagogische Rhetorik erleben zu können.

Der Reichstag sprach für die Deutschnationalen. Er hielt eine Oppositionsrede und reichte die Hand zum Ministerpräsidenten des Herrn Seevering vom Jahre 1927, als die SPD noch in der Opposition fand. Weckhaft werden hervorgerufen die Wandlungsfähigkeiten der deutschen Parteien. — Georg Bernhart, ein Altmädiger der Presse, dem die halbe Pressetribüne untertan ist, hielt eine Rede von dem Motto „In der Mitte der Sozialdemokratie zu, daß ihnen die Rede des Falkenbergs unangenehm war, der plump in Versammlungsmann glaubte, auch im Reichstag durch demagogische Rhetorik erleben zu können.“

Der Redner des Zentrums konnte den Anfang seiner Rede nicht finden. Er fand kaum und änderte im Moment und mußte sich die höchsten Aufmerksamkeiten „lauter“ schon gefallen lassen, aber schließlich konnte er den Schluss nicht finden. Doch noch schlimmeres passierte dem Nationalsozialisten Dr. Fried. Der hat zwar nie ein Manuskript. Auf seinem Taschentuch steht das Wort „Dames“ und vielleicht noch „Moles“. Diese Worte sind für ihn Begriffe und seiner Weisheit letzter Schlusspunkt. Das führt zu schließlichen Momenten. Der kommunistische Redner: „Bei Ihnen nicht kein Schnapsverbot!“ traf das richtige.

Der Reichstag sprach für die Deutschnationalen. Er hielt eine Oppositionsrede und reichte die Hand zum Ministerpräsidenten des Herrn Seevering vom Jahre 1927, als die SPD noch in der Opposition fand. Weckhaft werden hervorgerufen die Wandlungsfähigkeiten der deutschen Parteien. — Georg Bernhart, ein Altmädiger der Presse, dem die halbe Pressetribüne untertan ist, hielt eine Rede von dem Motto „In der Mitte der Sozialdemokratie zu, daß ihnen die Rede des Falkenbergs unangenehm war, der plump in Versammlungsmann glaubte, auch im Reichstag durch demagogische Rhetorik erleben zu können.“

Genossenschaft

Wir protestieren gegen die letzte Fertigstellung des Etats. Im vergangenen Jahr hielt ebenfalls der Abgeordnete Seevering eine scharfe Rede gegen das letzte Wort des Reichstagsleiters. Aber heute keine Rede mehr, wenn insbesondere die Herren Sozialdemokraten keinen großen Wert darauf legen, als Hauptziel auf die gründliche Durchführung des Etats des Reichsfinanzministers Hilfeleistung zu verwenden. (Zulassung bei den Komm.)

Interessant und aufschlußreich wird das Eingangswort des Herrn Finanzministers, daß das Aufkommen aus der Lohnsteuer den Etatsumsatz von 12 Milliarden weit übersteigt.

Die Rede des Herrn Seevering vor einem Jahr bietet noch solche interessanten Dinge, das ich darauf eingehen muß. Beispielsweise hat er, als er zu der drohenden Ausweitung der reichsweit wichtigsten Eisenindustrie Stellung nahm, folgendes gesagt:

„Den Herrn Reichsfinanzminister möchte ich dringend bitten, bei uns zu hören, daß die von den Arbeitern als ohnehin nicht durch mehr bezogenen Ergebnisse des Schiedsprüchens nicht durch neue Mittelglieder der Industrie durchzuführen werden. Die Öffentlichkeit muß sich jetzt genug gegen die Diktatur der Eisenindustrie in der Welt der Wirtschaft wehren. Sie hat zu der Lösung gefunden, die Großindustrie der Metall- und Eisenindustrie in das Einkommen des Reiches zu überführen. (Hört, hört! bei den Komm.) Wäre die Stilllegung zur Aufgabe geworden, dann hätte das Reich nicht zugehen dürfen, dieser Überlegung die Tat folgen zu lassen.“ (Hört, hört! bei den Komm.)

Wenn Herr Seevering jetzt ins Ruhrgebiet gefahren ist, so dürfen wir wohl erwarten, daß das zu dem Zweck geschieht, um die Betriebe in den Besitz des Reiches zu übernehmen. (Lachen und Zurufe bei den Komm.)

Ich habe mir die vierteljährlich bekanntgegebenen überplanmäßigen Ausgaben einmal näher angesehen. Da muß man auch feststellen, daß man nach dem 1. September die Wohnung der Regierung nicht, welche Ausgaben gemacht worden sind. (Hört, hört! bei den Komm.) Das habe ich dabei festgestellt?

Beispielsweise, das überplanmäßige 115 000 Mark ausgegeben werden für die Einrichtung und Ausstattung einer Ministerwohnung (Hört, hört!), nämlich für die Wohnung des Reichswirtschaftsministers.

So sind beispielsweise allein für Möbelanschaffung und Beleuchtung dieser Ministerwohnung 57 000 Mark überplanmäßig ausgegeben worden. (Wohlfahrt-Zurufe: Inerhörl! 21 000 Mark sind ausgegeben worden für Bettvorrichtungen und Teppiche, dann 22 000 Mark für die Einrichtung von sechs Schlafzimmern. (Hört, hört! Große Heiterkeit und Zurufe!) 6000 Mark für Silberbesteck, 4000 Mark für Tisch-, Bett- und Haushaltswäsche, insgesamt 115 000 überplanmäßige Ausgabe. Das ist ein Haß. Ein gewisser Herr hat sich die Wohnung des Finanzministers Dr. Köhler. Für sie sind überplanmäßig ausgegeben worden weitere 45 000 Mark (Hört, hört!) Bei dem Etat des Auswärtigen Amtes haben wir eine überplanmäßige Ausgabe von 257 000 Mark.

Danon 40 000 Mark Kosten des Tee-Empfangs der Reichsregierung für die Festlichkeiten des im August abgehaltenen Kongresses der Interparlamentarischen Union. (Hört, hört!) 217 500 Mark für die Kosten der Reichsregierung aus Anlaß des Besuchs des Königs von Albanien, Ammanullah, in Deutschland. (Heiterkeit und Zurufe)

Auch das erzählen wir erst durch diese Ueberrück.

Und nun zum Nachtragsetzels. Wir erheben schärfsten Einspruch dagegen, daß dieser Nachtragsetzels, daß die Durchführung der behandelten Einleitung der Wohnungsordnung erst jetzt dem Hause vorgelegt werden. Die Dinge, die ja nur für die Beamten von Bedeutung sind, hat man gar keine Zeit. Das Kabinett hätte aber Zeit, am 10. August die erste Karte für den Bankerzweiger zu bewilligen. (Großes Lachen bei den Komm.) Wir stellen fest, daß gar keine Rede von 50 Millionen ist, daß im besten Falle 14 Millionen für die Durchführung von Beamtenstellen in Betracht kommen und davon ganze 2,73 Millionen für die Durchführung der Entschuldigungen, die damals bei der Wohnungsordnung gefestigt worden sind. (Hört, hört! bei den Komm.) Um diese 2,73 Millionen zu erhalten benötigte man ein volles Jahr. (Genosse Köhler: Herr Pfisterling war nie ein Freund von Überforderung! Große Heiterkeit.)

Die Minister bekommen eine Gehaltsverhöhung von 92 000 Mark. Wieviel arme Volkshilfen! Was für die Oben verschuldet sind, können damit glücklich gemacht werden. Die Staatsfretäre erhalten eine Umwandlungsbildung von 4000 Mark. Dafür ist Geld da, trotz der freier erhöhter Reservationsstellen. Wie jedoch die Arbeit der Fortschritt, der 8000 Mark Gehalt hat, heute nur noch ein Grundgehalt von 2700 Mark hat, also 900 Mark weniger als vor dem Kriege (Hört, hört! bei den Komm.), dann ist das alles mit dem sozialen Charakter dieses Volkshaushalts und mit dem sozialen Empfinden dieses sozialdemokratischen Finanzministers vereinbar. Auch für die neue Ministerialeinstellung werden 100 000 Mark herausgeschmissen, damit am Gottesdienst kein Obergelehrter mehr Arbeit hat. Wenn es sich jedoch um Anstellung der Gehälter an Preußen bei den unteren und mittleren Beamten handelt, denit der Finanzminister nicht daran hindern zu dürfen. Mit 400 neuen Stellen ist bei ihm die Sache abgetan.

Ich würde Herrn Falkenbergs raten, in einer vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Berlin einberufenen Versammlung, eine ähnliche Rede wie die heutige zu halten. Ich garantiere Ihnen, Herr Falkenberg, daß Sie nicht ganz unbedeutend verfallen würden. (Große Heiterkeit.)

Noch ein Wort zum Ministerium des Innern. Dieser Etat enthält die Bekantmachung. Das Reichsfinanzministerium für die öffentliche Ordnung wird mit dem 1. April 1929 aufgehört. Aber da dürfen sich die Arbeiter drücken helfen. (Lachen und Zurufe, daß etwa das Epitheton beibehalten wird. Herr Köhler wird der Ministerialdirektor einer neu geschaffenen kommunalpolitischen Abteilung, über die ich nicht berichten kann. Am Anfang war der Ministerialdirektor (Heiterliche Heiterkeit.)

Am 20. Januar 1928 sagte der Herr Seevering, damals noch Abgeordneter dieses Hauses, folgendes:

„Die Lebenshaltung wurde mit jedem Monat teurer. Für die unteren Beamtengruppen ist darum die Wohnungs- und Bekleidungsfrage nicht einmal ein Ausnahmefall für die Steigerung der Wohnzinsrenten und der Warenpreise gemeldet.“

Hieran anknüpfend wurde mir unser Wohnungsfragestellungen stellen, werden wir unter Anknüpfung der Besätze der unteren Beamtengruppen stellen. Den Beamten aber rufen wir zu: Nur keine Illusionen in Bezug auf das, was von dieser Regierung etwa zu erwarten ist. Auch diese Regierung legt die Politik ihrer Vorgänger fort. Sie wird alles tun für die oberen Beamtengruppen und für die im überreichen Dienst. Aber die unteren und mittleren Beamten. Wie als Kommunisten werden die Beamten in ihrem Kampf um die Durchführung ihrer Forderungen mit allem Nachdruck und mit allen Mitteln unterstützen. (Wohlfahrt-Zurufe und Händelklatschen bei den Kommunisten.)

Der Kommiss der Ruhrindustrialen

von der Reife geübt
(Eig. Drahtim.) Berlin, 17. Dezember.

Der Reichsinnenminister Seevering ist am Sonntag wieder in Berlin eingetroffen, nachdem er keine Besprechungen mit den Vertretern der Ruhrindustrialen und der Gewerkschaften zum Abschluss gebracht hat. Er wird die ihm überreichte Denkschrift über die wirtschaftliche Lage der Eisen- und Stahlindustrie noch durcharbeiten. Am Donnerstag begibt sich der Reichsinnenminister wieder nach Dortmund, wo er am Freitag den Schiedspruch verkinde wird.

Lohnabbauoffensive

der reichsweiten Textilindustrie
(Eig. Drahtim.) Oberfeld, 17. Dezember.

Der Tarifkampf in der reichsweiten Textilindustrie hat sich ausgebreitet. Die Gewerkschaften hatten nach Kündigung des Tarifs seitens der Unternehmer eine Erhöhung des Tariflohns um 10 Prozent und des Verdienstes um 10 Prozent gefordert. Daraufhin hat der Unternehmensverband der Textilindustrie die Verhandlungen über die Erteilung einer Erklärung veröffentlicht, in der er behauptet, daß die Forderungen der Gewerkschaften der „Gipfel der Unvernunft“ seien und nimmermehr Forderungen auf Lohnabbau abgestellt würden.

Lohnkampf auch im Saargebiet

(Eig. Drahtim.) Saarbrücken, 17. Dezember.

Anfang Dezember hatten die Bergarbeiterorganisationen eine Erklärung im Zusammenhang mit den französischen Bergarbeiterkämpfen abgegeben. In Folge der allgemeinen Erhöhung der Löhne ist die Grubenverwaltung jedoch noch eine vollständig neue Abstinenz in den Lohnabnahmen vor, welche harte Benachteiligung einzelner Arbeiterkategorien im Gefolge haben würden. Die Verhandlungen sollten ein geringes Maß an der Beantwortung runden ab. Die Verhandlungen zum 1. Januar 1929. Die Gewerkschaften haben sich nunmehr zur Erklärung des Konflikts an die Regierungskommission gewandt.

In Dresden demonstrieren 1500 Straßenbahner und Gemeindearbeiter gegen Hungerlöhne

Am Donnerstagsabend fand in Dresden eine von der kommunikativen Stadtdirektion einberufene Versammlung der Gemeindearbeiter, einschließlich der Straßenbahner. Der Saal war vollkommen besetzt. Die nachfolgende Erklärung der Straßenbahner wurden in diesen Reihen noch an der Tür.

Es wurde eine Delegation aus sieben sozialdemokratischen und sieben kommunistischen Gemeindearbeitern und Straßenbahnern gewählt, die sofort bei den Fraktionen vorstellig werden sollen.

Nach der Versammlung gingen unter dem Gesang der „Internationale“ und anderer Kampflieder 1500 Kollegen, an der Spitze die uniformierten Straßenbahner, die mitbewegten die Höhe des Jahres bildeten, nach dem Rathaus. Die Polizei trat sofort in Aktion, fand aber bei der Disziplin der Demonstration keine Arbeit.

Nach drei Wochen!

500 Mark Belohnung für die Auffindung des Mordes an dem Genossen Kreißig

Am 16. Dezember hat sich der Berliner Polizeipräsident endlich bereit erklärt, eine Belohnung von 500 Mark für die Auffindung des Mordes an dem Genossen Kreißig auszusprechen. Allein die Tatsache, daß man vom 21. November bis heute gewartet hat, zeigt, wie wenig Herr Jürgel daran denkt, den schicksalhaften Mord an einem Protestanten aufzuklären. Sogar kommt, daß die ausgesetzte Summe 500 Mark beträgt, während bei jedem anderen gewöhnlichen Mord regelmäßig 1000 Mark oder, wenn es sich um einen erkrankten Bankdirektor handelt, Zehntausende an Belohnung ausgemessen werden.

Früchte des Jürgel-Vertrages

Neue Verhandlungen in Berlin
(Eig. Drahtim.) Berlin, 17. Dezember.

Die kommunistische Jugendbewegung wollte am Sonntagvormittag um 11 Uhr eine Kinovorführung in Brix besuchen. Die Jugendlichen gingen in losen Gruppen auf dem Bürgersteig. Vor dem Kino fand aber ein Überfallkommando der SA, das auf die Besichtigung des Kinobereichs bekannt geworden war. Die Jugendlichen wurden von der Polizei aufgefordert, auszuweichen. Sie kamen der Aufforderung nach und gingen nach einander über die Straße. Trotzdem wurden vier Jugendliche von der Polizei herausgerissen und nach dem Alexanderplatz gebracht. Bisher sind die Verhafteten noch nicht freigelassen.

Ständige Giftgasgefahr für Köln

Alle amtlichen Stellen versuchen ein Abenteuerverständnis, um nachzuweisen, daß es sich nur um ein ganz harmloses Nitrogas handele, das vor den Toren Kölns lagert. Aber es ist immerhin zu gefährlich, daß man nicht wisse, es ins Meer zu werfen, da es wegen seiner Eigenschaften als giftig ist. Arbeiter und Anwohner der Wälder Weide erklären nach wie vor, daß es sich nicht nur um Blausäure handelt, sondern um weit gefährlichere Gifte. Die „Rheinische Zeitung“ erzählt, daß man den Transportarbeiter 450 Mark Stundenlohn geboten hat, was allein schon beweist, daß es sich nicht um ein harmloses Blausäure handeln kann. Mehrere hundert Arbeiter lang hat das Gift in unmittelbarer Nähe Kölns gelagert, ohne daß die geringsten Gegenmaßnahmen getroffen wurden. Auch nach dem entsetzlichen Unglück in Hamburg trübte man sich nicht.

Sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer unterdrückt 3700 Mark

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Gellerting, Walter, hat 3700 Mark Verbandsgehalt unterworfen. Walter war einer der wildsten Heizer gegen die Kommunisten. Während des Ruhrkampfes vertrat er die SPD und brüllte wie besessen: „Lachen zu!“ Jetzt ist dieser Bursche entlarvt.

Die sozialdemokratische Führerschaft ist durch und durch von Korruption zerfallen. Die enge Verbindung mit der Bourgeoisie bewirkt eine rasche Ausbreitung der Fäulnis. Kann es auch anders sein, daß diese Leute, die täglich die schmutzigsten Lügen gegen die Kommunisten verbreiten, obwohl sie wissen, daß es Lügen sind, nach und nach zu Lumpen werden, die sich nur noch persönlich beordern wollen?

Die obere Bourgeoisie hat es nicht nötig, direkt in die Kasse zu greifen. Aber sie gibt durch „legale“ Art der Korruption der unteren Beamten das Beispiel. Wenn sich der Aufsichtsratsvorsitzende eines Arbeitsunternehmens von der Direktion dieses Unternehmens heimlich ein Gehalt im Werte von 16 000 Mark ziehen läßt, so setzen die unteren sozialdemokratischen Beamten nicht ein Wort darüber in Bewegung. Es ist ja ungeheuerlich, welche große Anzahl Fälle sich ereignen, wo sozialdemokratische Gewerkschaftsführer sich an Arbeitergehältern bereichern.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Der Stahlhelm gibt ein Ehrenzeichen heraus, was den Mitgliedern die als Feldzeichen behängt wird, die im „Stahlhelmblatt“ schwere Körpergefechtungen erlitten haben. Dies dürfte ein Anreiz für die Stahlhelmer sein, noch mehr kommunistenfeindliche Torgänge zu führen.

Die Verhaftung des Redakteurs vom Deutscher Bataillon des 12. Reichswehr-Infanterieregiments wegen Spionage beweist, daß die Koalitionsregierung Grund hat, sich vor Beobachtung der Flugzeugwerke (Zunters) zu schützen.

Die kommunistische Bürgerkassationsrat von Hamburg hat Protest gegen ihren Ausschluß eingelegt und ihre Weiderrückzahlung beantragt.

Tage auf rote Hilfe-Sammler hat die bürgerliche Presse anlässlich der Sammelaktion für die Winterhilfe der roten Hilfe unternommen.

Ein sozialistischer Streikführer wurde in der Götter Mäse in Hamburg ertränkt. Auf Verhaftungen zog er ein Messer und versuchte zu vertheidigen. Bei der Verfolgung des Streikführers zog dieser plötzlich einen Revolver und gab fünf Schüsse ab.

Ein kommunistischer Stadtdirektionsvorsitzer wurde in Neuhardenburg gewandt, nachdem von den anderen Parteien keine Vorschläge eingereicht wurden.

Die Großhandelsbank ist mit 140 Prozent gegenüber der Vorwoche unuerändert.

In einem Gemeinderatsamt kam es in der Eisenacher Stadtverwaltung, wo man die Forderungen der Erwerbslosen abgelehnt hatte.

Streikmann wird am Mittwoch von Lugano abfahren und am Donnerstag wieder in Berlin eintreffen, wo er dem Kabinett sofort Bericht erstatten will.

Chamberlain ist befriedigt von seinen Gesandten in Lugano wieder nach London zurückgekehrt.

Beim Besuch Savaris in Buenos Aires erschienen Anhänger des Generals Cambios mit Fahnen und Jubelrufen gegen den amerikanischen Dollarimperialismus. Die Polizei schritt gegen die Demonstranten ein, wobei es zahlreiche Verletzte gab.

Wegen staatsfeindlicher Meinungen in einer Parteibehauptung (1) ist der zweite Vorsitzende der französischen Bauernpartei unter Anklage gestellt worden.

75 000 Pfund Sterling wurden in der Zweigstelle Johannesburg der Südafrikanischen Reservebank unterworfen.

Zur Entlastung von 4000 Arbeitern kam es in den nächsten des Südafrikanischen in Zündung und Zündstoff, wo 100 Mitographen wegen Lohnforderungen in den Streik getreten sind.

Ein Manifestprozess gegen die räumlichen Kommunisten wurde in Galax angeschlossen, wobei über viele revolutionäre Arbeiter hohe Verurteilungen verhängt wurden.

Genosse Marx wurde von der Richter Strafammer zu vier Jahren Gefängnis und 8000 Francs Geldstrafe verurteilt, obwohl seine Anklagen gegen den Mariall Tod den Tatsachen entsprechen.

Die Tagung des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjetunion befaßte den Staatsrat in Höhe von 7,73 Millionen Rubel und legte Maßnahmen für die Erhebung des Ernteertrages um 35 Prozent fest.

Der proletarische Reporter

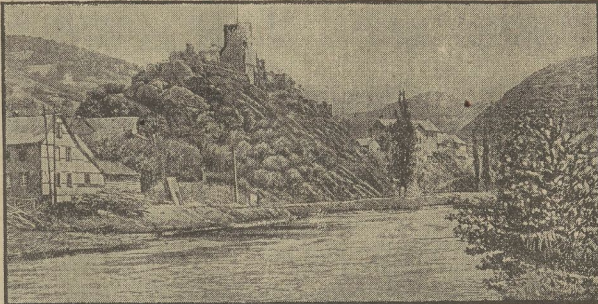
Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Erdbeben im Eifelgebiet

Mitte voriger Woche machte sich in der Eifel ein Erdbeben bemerkbar, das besonders im Nordteil hart aufgetreten ist. Man führt es auf vulkanische Ursachen zurück. Unmittelbarer Schaden wurde allerdings nirgends festgestellt. Im Dürreer Stadttheater entstand eine gewaltige Panik.

Die Zuschauer auf den oberen Rängen sprangen von den Sitzen auf, doch konnte das Publikum bald wieder beruhigt werden.

Die vulkanische Gegend, der übliche Teil des zum Rheinischen Schiefergebirge gehörenden Hochlandes zwischen Mosel, Rhein und Roor, läßt die Kratererhebungen und den Weg der Lavamassen aus früheren Eruptionen noch erkennen. Die eigentlichen festelartigen Einsenkungen, die teils in Schluchten, teils in Luft eingehüllt und von Seen, den sogenannten Maaren, erfüllt sind, hängen mit Explosionen eruptiver Natur zusammen.



Die steinbüheligen und proletarische Bevölkerung im Eifelgebiet leidet seit Jahren unter der furchtbaren Notlage, die sich jetzt durch zahlreiche Betriebsstilllegungen noch verschärft hat. In den Familien herrscht die bitterste Not. Besonders die Gegend um Sankt Erlich und Sankt Marien betroffen. Am die Massen zu beruhigen, haben die Weislichen an die Regierung und Parla-

mente „Notrufe“ gefandt. Verschwiegen wird in der bürgerlichen Presse, daß diesem atuten Fall eine dauernde katastrophale Lage der Wertstätigen in der Eifel zugrunde liegt und daß die kommunistische Landtags- und Staatsrats-Fraktion seit

drei Jahren Vorhölle unternehmen, um hier Abhilfe zu schaffen. Bisher ist aber noch nicht das Geringste für die armen Eifelbewohner geschehen. Unsere Aufnahme zeigt den Ort Heimbach an der Roor.

Glosse vom Tage

Macdonald betet für den König

In einer Rede am dem Jahresanfang des 1917er Klubs machte Macdonald wieder einmal seinem königsfürchtigen Herzen Luft. Er erklärte wörtlich:

„Ich möchte gern sagen, wie bewegt wir alle durch die Krankheit des Königs waren. Diejenigen von uns, die das große Vergnügen (1) hatten, ihn persönlich kennen zu lernen, und die wollen, wie aufrichtig er beschaffen ist, seine Pflichten mit vollkommenster Verfassungsmäßiger Unparteilichkeit (1) zu tun, fühlen in einem Augenblick, wie dem gegenwärtigen, wie außerordentlich gut er seine Arbeit als ein konstitutioneller Monarch getan hat und wie er, indem er sie tat, uns an sich gefügt (1) hat, nicht als an die große, würdige Gestalt des Staates, sondern als einen, der seiner Nation gehört, als einen, der sein ganzes Leben lang und in allen Handlungen versucht hat, den nationalen Verantwortlichkeiten zu entsprechen und die nationalen Interessen zu fördern.“

Es gibt nicht ein Mitglied des früheren Arbeiterkabinetts, das sich nicht im Gebet (1) mit mir vereint, daß jedes neue Bulletin ihn zu vollkommener Gesundheit und Stärke fortschreitend zeigen möge.“

Die Brandkatastrophe in Halle

Das ausgebrannte Haus, Burgstraße 50



Bei dem Brande des Hauses Burgstraße 50 kam eine 73jährige Greisin ums Leben (Näheres siehe lokaler Teil)

Arbeitslosigkeit mordet Proletarierkinder

Die Schlosserfrau Sinn aus Heilbronn hat wegen Arbeitslosigkeit ihres Mannes ihre Kinder, einen 4½-jährigen Knaben und ein 2½ Jahre altes Mädchen, in den Rieder gemordet und sich ins Wasser geworfen. Die Frau wurde getötet. Beide Kinder sind tot. Ein drittes Kind der Frau befand sich in der Schule.

Waternordprozess in Innsbruck

In dem Prozesse gegen den Dresdner Studenten der Technik Willibald Halsmann, der beschuldigt war, seinen Vater in den Illertaler Alpen durch Schläge mit einem Stein und durch Hinwerfen über einen Felsen getötet zu haben, wurde der Angeklagte mit neun Stimmen des Waternordes schuldig erkannt und zu zehn Jahren schweren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung des Angeklagten wurde mit Zustimmung aufgenommen. Der Angeklagte machte dem Vorsitzenden Vorwürfe, daß ihm nicht das letzte Wort erteilt worden sei, und er erklärte: „Ich bin unglücklich und bleibe es bis zu meinem Tode.“ Als das Publikum dabei wiederum Protest gegen den Gerichtsbescheid ausrief, rief der Präsident: Hier ist Aufruhr, worauf der Angeklagte rief: Hier ist Verbrechen! Der Vorsitzende ließ darauf den Saal räumen. Der Verteidiger erklärte, daß sich die Geschworenen in ihrem Wahspruch geteilt haben müßten, und forderte den Senat auf, das Urteil zu überprüfen. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß eine Überprüfung für nicht notwendig befunden wurde. Der Verteidiger erhob hierauf die Nichtteilnahmebeschwerde. Als der Angeklagte Halsmann ins Gefängnis zurückgebracht worden war, wollte er sich mit der Klinge eines Bleistiftspitzers die Pulsadern aufschneiden, wurde aber durch den Gefängniswächter daran gehindert.

Drei Bergleute in Kohlengraben erstickt

In den Steinkohlengruben unweit Krugers-les-Mines bei St. Etienne haben sich infolge von Sprengungen Kohlengrube entwickelt, die drei Bergleute in einem Stollen erstickten. Zwei weitere Bergleute, die sich ebenfalls in dem Stollen befanden, konnten sich retten.

Großes Schadenfeuer

In St. Etienne ist aus noch ungeklärter Ursache eine Feuersbrunst ausgebrochen, die drei Häuser zerstörte.

Brandkatastrophe in Kentuch

Ein Hotel in Kentuch wurde durch einen Brand völlig zerstört. Unter den Trümmern wurden vier Leichen gefunden. Sechs Personen werden vermißt.

Untersuchung bei einem Kennverein

Dem „Montag“ zufolge erreichte die Nachricht großes Aufsehen, daß der Generalsekretär eines Kennpferdvereins durch Ausgabe falscher Geldscheine Veruntreuungen in Höhe von mehr als 80 000 Mark verübt haben soll. Er soll in der Nacht zum Sonntag in einem Dormundor Hotel einen Selbstmordversuch verübt haben und mit einer schweren Verletzung in das dortige Johannishospital eingeliefert worden sein.

Die Mutter aus Unvorsichtigkeit erschossen

Ein Sohn des Bäckers Freitag in Marzelsheim bei Merzheim handelte mit einer Ammerklinge. Ein Schuß entlief sich und traf die gerade ins Zimmer kommende Mutter ins Gesicht. Die Frau starb infolge der Verletzung.

Abgefißelt

Im 2. Jahre als Seppelknecht Alfred Gläßer während eines Lehrausfluges. Gläßer, der tödlich verletzt wurde, war Jungher Schneiderknecht Seppelknecht und wurde bekannt durch seinen Kisa Nieselpfahl-Traum.

Mordhandlung

Ein im Dienst der Deutschen Verkehrsanstalt für Luftfahrt stehendes Fuhrer-Flugzeug wurde bei Lübeck niedergefallen. Das Flugzeug wurde zerschmettert. Die vier Insassen blieben unversehrt.

Schlaganfall am Autoverkehr

Während einer Schaulauf in der Nähe von Mandersburg wurde ein Auto beobachtet, das im Städtchen fuhr, und schließlich gegen einen Baum rannte. Der Führer des Wagens hatte während der Fahrt einen Schlaganfall erlitten.

Kraftomnibus in Straßengraben

Auf der Landstraße Wiedenborf-Langenebdingen (Anhalt) verlor der Führer eines Personentransportwagens infolge schlüpfriger Straße die Gewalt über die Steuerung und fuhr gegen einen Kraftomnibus der Kraftverkehrs-gesellschaft Sachsen-Anhalt. Der Führer des letzteren suchte größeres Unglück zu vermeiden, indem er den Wagen, der mit 20 Personen besetzt war, in den Straßengraben lenkte, wobei die Vorderachse des Autos brach. Verletzt wurde niemand.

Bankdirektor unterschlägt 97 000 Mark

In Görlitz a. d. Oder, bei Kitzin, wurde der Bankdirektor Golts verhaftet. Er wird beschuldigt, seit 1926 fortgesetzt Gelder der Spar- und Darlehnskasse in Görlitz veruntreut zu haben, die sich zusammen auf über 97 000 Mark belaufen.

Zwei Kinder bei einem Brande erstickt

In Wittenau bei Berlin erlitten bei einem Brande in einer Wohnlaube zwei Kinder im Alter von acht und zwölf Jahren im Rauch. Ein dreijähriges Kind mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Die Todesstrafe wird weiter verhängt

Das Schwurgericht in Braunsberg verurteilte den Arbeiter und Ausschüßknecht Franz Braun, der am 3. April in dem Walde bei Wörlitz, Kreis Heiligenzell, die beiden Kinder des Weichenstellers Heide, einen 10jährigen Knaben und ein 7½-jähriges Mädchen, erwischt kam, durch einen Stein ins Herz getötet hatte, nachdem er an dem Mädchen ein Stillschleichenverbrechen verübt hatte, nach zweitägiger Verhandlung zum Tode.



Kein Rentopp, sondern kapitalistische Wirklichkeit

Bündnis von Adel und Finanz

Der schwedische Graf Folke Bernadotte, der Neffe des schwedischen Königs, hat in Amerika eine Millionärin geheiratet, Miss Effie Monville. Brautführer war bei dieser Hochzeit, die natürlich mit großem Pomp begangen wurde, der Sohn des schwedischen Kronprinzen. Unsere Annahme zeigt das Brautpaar beim Verlassen der Kirche, während Amateuren des Brautpaares, schwedische Offiziere, mit ihrem Regen den Ehrengang bilden. Wenn man nicht wählt, daß es Wirklichkeit ist, würde man es für die Aufnahme aus einem Kitschfilm halten.

Arbeiter-Radio-Ecke

Der Bluff von der Rundfunkrente zerplatzt

„Ant. Westner Tagesblatt“ hat das Reichspostministerium den Gedanken, den Rundfunk den politischen Parteien zur Verfügung zu stellen, aufgegeben. Ende (1) soll im Rahmen des Vertragszyklus „Gedanken der Zeit“ eine Aktualisierung des Rundfunks in der Weise erfolgen, daß von Anfang nächsten Jahres an Tagesfragen jeder Art in kontradiktorischer Weise von Anhängern verschiedener geistiger Richtungen zum Gegenstand von Vorträgen oder Vorträgen gemacht werden. Daß darunter natürlich keine Kommunisten sein werden, versteht sich am Rande.

Alle Rundfunkteilnehmer sind kostenlos gegen Haftpflicht versichert

Die Reichs Rundfunkgesellschaft hat mit fünf deutschen Versicherungsgesellschaften für sämtliche Welcher politisch genehmigter Rundfunkempfangsanlagen des deutschen Reiches und des Reichraumes eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Die Versicherungsleistungen, bis zu welchen Schäden von den Versicherungsgesellschaften erlegt werden, belaufen sich bei Personenschäden auf 100 000 Mark, bei Sachschäden auf 25 000 Mark. Die Versicherungsprämie wird von der Reichs Rundfunkgesellschaft bezahlt. Die einzelnen Väter erhalten also den gebotenen Versicherungsschutz vollkommen kostenlos. Aus den Versicherungsbedingungen, die sämtlichen Rundfunkteilnehmern noch besonders übermittelt werden, wird folgendes mitgeteilt: Die Versicherung tritt am 1. Januar 1929 in Kraft. Sie umfaßt alle Personen und Sachschäden, die durch die Rundfunkempfangsanlage einschließlich der Hochantenne verursacht werden, (soweit es sich um Schäden handelt, die dritten Personen entstehen und für die der Versicherer der betreffenden Empfangsanlage oder die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen haftpflichtig sind. Schäden an den Empfangsanlagen selbst, ganz gleich auf welche Ursache sie zurückzuführen sind, fallen nicht unter die Versicherung.

A. Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle a. d. Saale

Sparkasse - Kreisbank des Saalkreises

Annahme von Spareinlagen gegen Garantie des Kreises. Ausführung bankmäßiger Geschäfte

Wir reinigen und färben Damen- u. Herren-Garderobe in bekannter guter Ausführung

TARRAGONA vom Faß, Liter 1,25 F. Baumgärtel, Lessingstr. 26

Molkerei Trotha Frischmilch und Joghurt Rindermilch Butter, Sahne, Quark

Großbäckerei Rohde Brote in vielen Geschäften

Referiert F. F. 50 Bücher Schreibwaren Schulartitel

Friedrich Oehschlagger Leipzig Str. 3

Schuhwaren Halle-Zentrum

SINGER Nähmaschinen SINGER CO. NÄHMASCHINEN ACT. GES.

Gebr. Kroppenstädt Möbelfabrik, Große Märkerstraße Nr. 4

D. Hammerschmidt Große Ulrichstraße 4-5 Hüte und Mützen Kleider

„Saalegold“ 100% malter- und keuzerfrei

Gut, preiswert u. sauber kauft man Lebensmittel Butterhandlung Zu den 3 Glocken

Möbel Romanus Skitka & Co. Götzestraße 33

H. Gutermuth Rannischstraße 12 Hüte und Mützen

Spielwarenhaus Rudolf Weißzahl Leipzig Straße 66

KARSTADT Das Haus der Qualitätswaren Halle-Saale

Naumann & Co. Färberei & Chemische Reibstoffe & Weißwäscherei

„Haflema“ Halleische Pfeifenfabrik & Maschinenfabrik

Wo gibt es die großen Riesen-Knobländer ca. 1/2 Pf. für 25 Stk.

SCHIRME STÜCKE / PEIFEN Ernst Karras Jr. Leipzig Str. 4

Walhalla Das Theater der größten Programme

Möbel Naumann & Co. Färberei & Chemische Reibstoffe & Weißwäscherei

Uhren - Goldwaren H. Krug, Hermann, vorm. H. Schürer

Schirme & Stöcke zu bekannter niedrigeren Preisen immer große Auswahl

Faltes Tischbandlung Schöneberg Str. 33

STEINTORBAD neben Walhalla, Halte- stelle der Linien 1, 2, 4, 5

Carl Weber, Schmeerstr. 6 Feine Fleisch- und Wurstwaren

Eier LANDAU ERLE Gebr. Knauffstr. 6

Feinbäckerei F. Poppe Körnerstraße 13

Alberth Kopf Kind- u. Schweinefleischfabrik

Wittekind Mineralwasser Sprudel mit Zitrone

Carl Weber, Schmeerstr. 6 Feine Fleisch- und Wurstwaren

G. Michel, Graseweg 1 Lebensmittel aller Art

Mignol-Schokolade, Kakao sowie Kaffee F. E. David

Alberth Kopf Kind- u. Schweinefleischfabrik

ROMEO HALLE A.S. Gr. Ulrichstr. 52 Ecke Schulstraße

Carl Weber, Schmeerstr. 6 Feine Fleisch- und Wurstwaren

Radio-Horlitz 1 Elektr. Licht- u. Radio-Anlagen

Aluminium-Kleber Hans und Kluge

Alberth Kopf Kind- u. Schweinefleischfabrik

Engelhardt-Biere Überall Mitteldeutsche Brauereien

Carl Weber, Schmeerstr. 6 Feine Fleisch- und Wurstwaren

Radio-Horlitz 1 Elektr. Licht- u. Radio-Anlagen

Ernst Hoinfisch Kind- u. Schweinefleischfabrik

Alberth Kopf Kind- u. Schweinefleischfabrik

Engelhardt-Biere Überall Mitteldeutsche Brauereien

Carl Weber, Schmeerstr. 6 Feine Fleisch- und Wurstwaren

Radio-Horlitz 1 Elektr. Licht- u. Radio-Anlagen

K. Böhrer Halle-Saale

Alberth Kopf Kind- u. Schweinefleischfabrik

Engelhardt-Biere Überall Mitteldeutsche Brauereien

Carl Weber, Schmeerstr. 6 Feine Fleisch- und Wurstwaren

Radio-Horlitz 1 Elektr. Licht- u. Radio-Anlagen

Franz Schütze Leder- u. Federn- Spezialgeschäft

Johannes Thurm Glauchauer prima Roggenfleisch

Glauben Sie? Garten-Kramer

Broth, Weib- und Feinbäckerei Paul Ringer

Hans Jamm Lange Straße 31 Wollwaren

Bäckerei - Konditorei Fritz Lorenz

Johannes Thurm Glauchauer prima Roggenfleisch

Glauben Sie? Garten-Kramer

Broth, Weib- und Feinbäckerei Paul Ringer

Hans Jamm Lange Straße 31 Wollwaren

Fritz Reizig, Glauchauer Str. 57

Johannes Thurm Glauchauer prima Roggenfleisch

Glauben Sie? Garten-Kramer

Broth, Weib- und Feinbäckerei Paul Ringer

Hans Jamm Lange Straße 31 Wollwaren





Die Straßenbahner gegen den hallischen Magistrat

Metallobetriebe zum Lohnkampf

Belegschaftsversammlung Firma F. Schmidt, Halle, für die Forderungen der Opposition

Die am 15. Dezember 1928 tagende Belegschaftsversammlung der Firma F. Schmidt, Halle, nimmt Kenntnis von der Ablehnung der von der Opposition aufgestellten Forderungen an der Versammlung der Kollegen vor. Die Kollegen sind imstande, die Forderungen für Ungeleitete 90 Pf., für Angeleitete 95 Pf., für Facharbeiter 1 M. Stundenlohn, die Kollegen fordern abermals von der Belegschaft und dem Verein, daß sie sich genau zu ihrer Sache einziehen, die Metallarbeiter zur Festhaltung dieser Forderungen zu bewegen, wie die Lohnkommission auf dem Karlsruher Verbandstage des DMB, in Sachen der Gehaltsüberhöhung des Vorstandes sowie der Angestellten.

Wenn die Belegschaft ernst macht, wie die Lohnkommission in Karlsruhe, so wird auch ein Erfolg für die Kollegen zu verzeichnen sein.

Bauarbeitervermittlung in Eilenburg

Auch die Eilenburger „Saisonarbeiter“ protestieren

Am 6. Dezember stattgefundenen Bauarbeitervermittlung des Deutschen Bauernbundes beschäftigte sich u. a. auch mit der Verordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über berufliche Arbeitslosigkeit und die sogenannte Sonderfürsorge.

Eine Resolution, die gegen die Annahmeverordnungen aufschärft, wurde einstimmig angenommen.

Die Bauarbeiter wollen nicht als Arbeiter 2. Klasse behandelt werden. Die Resolution wurde abgelehnt an den Bundesvorstand, den DMB, und an die Reichsstaatsstellen der SPD, und SPD. Alle wurden aufgefodert, alles daranzusetzen, die Sonderverordnung zu Fall zu bringen.

Eine SPD-Kollegen waren der Meinung, daß die Verordnung gar nicht so schlimm sei. Sie würden auch schon weitestens zu ihrem Recht kommen. Ein anderer Kollege machte die Bemerkung auf das Gefährliche und die Tragweite der Sonderverordnung aufmerksam und setzte gerade an diesem Beispiel, daß das, was sich nicht einmal die verlorene Hungerlohnregierung traute, heute, nach den Wahlen, die Konstituierung durch ihren sozialdemokratischen Minister Weisell verwirklicht.

Dann beschäftigte man sich noch, wie schon so oft, mit der Pensionfrage. Die Eilenburger Bauarbeiter sind bis auf den heutigen Tag, weil sie sich erlauben haben, den 1. Mai zu feiern, noch nicht in den Genuss ihrer Pension gekommen, um wenn die Verhandlungen u. weiter gehen, werden sie wohl auch das Nachsehen haben.

Tarife sind eben nur dazu da, daß sie von den Arbeitern eingehalten werden.

Die Unternehmer machen, was sie wollen.

Die Baugewerkschaften und ihr Syndikus Dr. Kaiser, Halle, scheinen in dieser Frage Eilenburg als Versuchsanstalt herausgeführt zu haben.

Bauarbeiter Eilenburgs beschützt Cure Verammlungen besser, heißt mit kämpfen für ein menschenwürdiges Dasein, denn nur durch Kampf und nicht mit schönen Worten und Versprechungen kommt Juch etwas erreichen.

Am 10. Januar findet unsere Generalsammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Neumaßen. Tue jeder seine Pflicht und erweist sich reiflich!

Arbeitsdruck in der Filmfabrik

Am 1. In der Filmfabrik W. Koffen wurde an einem Transportband der Arbeiter für die Einparatieren herausgeführt. Da es nun durch diese Maßnahmen für die Arbeiterinnen nicht immer möglich war, den einfachen Stundenlohn zu erreichen, so ließen sie die Arbeit liegen und erklärten einmütig, daß sie für diesen Lohn nicht weiter arbeiten würden.

Eine Verhandlung zwischen Meßlerin und Betriebsleiter hatte zur Folge, daß der Betriebsleiter erklärte, entweder wird weiter gearbeitet oder die Betroffenen können sich die Papiere holen. Den alten Lohn bekommen sie nicht wieder. Schließlich wurde dann auch weiter gearbeitet.

Es ist in der Filmfabrik eine Allgemeinerklärung, daß in den 3 Monaten sehr wenig zu tun ist. Und solche Anfälle sollen den Unternehmern dabei dienen.

Arbeiterinnen in dieser Zeit auf die Straße gehen zu können.

Der Kampfwillige und die Empörung ist überall in jeder Abteilung und in jedem Raum. Es gilt nur, uns zu organisieren in den Gewerkschaften und in der kommunistischen Partei, damit auch wir einmütig und geschlossen unsere Forderungen durchsetzen können! — Kolleginnen und Kollegen, also organisiert Euch zum Kampf!

Kämpfende Arbeiter — Feiernde Gewerkschaftsbözen

Während des Kampfes der Kaufarbeiter zogen Eisenberer Frontkämpfer durch die Grundböden, um für die kämpfenden Arbeiter an der Ruhr zu sammeln. Ueberall zeigten die Einwohner der Grundböden ihre Sympathie durch ihre Gaben. In Helfra feierte die dortige Zahlstelle des DMB, gerade ihr 25jähriges Bestehen. Die Frontkämpfer zogen nach dem Festlohn, weil sie glaubten, daß die Frontkämpfer für ihre kämpfenden Brüder auch ein kleines Scherlein opfern würden. Anders dachte der Bergarbeiterangehörige Hermann.

Er verwirkte den Kameraden das Sammeln werde. Die Begründung, daß dadurch das Fest gelüht würde. Weil aber selbst Frontkämpfer die Sammlung eintraten, gab er nach und erklärte, daß sie ebenfalls unter sich eine Sammlung durchführen würden. Bis heute wissen wir nicht, ob eine Sammlung dort stattgefunden hat. Es wäre aber interessant, einmal zu hören, wenn festgestellt wurde, wohin das gesammelte Geld gekommen ist.

Von Bergarbeitern aber sagen wir: Glaube diesen Bözen einmal richtig zusammen. Der Kerl denkt nur an Feiern feiern und nicht an den Kampf.

Die Straßenbahner gegen den hallischen Magistrat

Vom Verkehrsband erhalten wir folgende Mitteilungen:

„Das im Deutschen Verkehrsband organisierte Straßenbahnerpersonal nahm in zwei auf beschleunigten Verammlungen zu den wichtigsten Tagesfragen Stellung. Das Mitglied der Tarifkommission erläuterte eingehend Bericht über die Verhandlungen zwecks Abschluß des neuen Manteltarifvertrages.“

Während die Arbeitnehmer forderten, daß die früher bestehenden und unter dem Druck der Inflation abgearbeiteten Rechte in Bezug auf Veränderung von Urlaub, Krankheitsurlaub und Bezahlung der freien Tage usw. wieder eingeführt werden sollen, verlangt der Reichsarbeitsgeberverband einen Abzug dieser Bestimmungen. Auch insbesondere zur Einführung der schichtweisen Arbeitszeit werden große Schwierigkeiten zu demselben besteht. Die Verhandlungen sind infolge der Einstellung des Arbeitsgeberverbandes gescheitert und der Schlichter wird nunmehr zu entscheiden haben.

Die Verammlung nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die am Freitag, dem 7. Dezember, im Refractor des Depots der städtischen Straßenbahn, Freimfelder Straße, tagende Verammlung der hallischen Straßenbahner nimmt mit Enttäufung Kenntnis von der Verhandlung über den Abschluß des neuen Reichsmanteltarifvertrages. Die Verammelten protestieren auf das Schärffte

gegen die unerhörte Einfiellung des Arbeitsgeberverbandes der Kreise und Gemeinden

zur Regelung der Arbeitszeit, Urlaubfrage und zur Gewährung von Krankentagezahlung.

Die Verammelten erwarten, daß ihren berechtigten Forderungen reiflich entsprochen wird. Sie fordern von der Tarifkommission, daß alles getan wird, um dieselben durchzusetzen. Die Verammelten geben der Erwartung Ausdruck, daß auch die Vertreter des hallischen Magistrats ihren Einfluß in dieser Richtung geltend machen.“

(Es ist unerhört, daß dem reaktionären Magistrat auf die Art geschehenem ein Vertrauensvotum erteilt wird. D. Red.)

Als 2. Punkt der Tagesordnung wurde dann die bevorstehende Umwandlung der Werke in eine Aktiengesellschaft

behandelt. Nach einem ausführlichen Referat wurde zu diesem Punkte folgende Entschliessung angenommen:

„Die im Refractor des Depots der städtischen Straßenbahn, Freimfelder Straße, verammelten, im Deutschen Verkehrsband organisierten Straßenbahner nehmen Kenntnis von dem Plane, die städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Obwohl seit Jahren feststeht, daß die Werke durchaus rentabel sind, wird hier der Versuch unternommen, dieselben dem Einfluß der städtischen Rätepersönlichkeiten zu entziehen.“

Das verarmelte Personal fordert die Parteien des Stadtparlamentes im Interesse der Allgemeinheit auf, mit aller Entschiedenheit die Umwandlung zu verhindern. Die Verammelten sind sich einig, daß die Gesamtarbeiter über die des einzelnen gehen müssen. Die Verammelten verziehen unter der Umwandlung der

Werke nur eine Begründung der Machtverhältnisse für einzelne obere Beamten. Die Gewerkschaften werden benachteiligt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine Umwandlung im Interesse der Allgemeinheit und der in den Werken seit Jahrzehnten Beschäftigten zu verhindern.“

(Warum benimmt sich die SPD, hier umgekehrt zu ihrem Verhalten im Stadtparlament?)

Als 3. Punkt der Tagesordnung wurde die wirtschaftliche Lage der Straßenbahner behandelt. Von Kamillien Redner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Löhne bei weitem nicht ausreichen, um die notwendigen Aufwendungen zu machen. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Dienst des Fahrpersonals infolge seiner Eigenart viel größere Ansprüche an die Lebenshaltung stellt, als dies leitens der Arbeitgeber und der Verantwortlichkeit angenommen wird. Das Personal ist teilweise gezwungen, zwei, dreimal zum Dienst zu erscheinen.

Der Dienst endet nachts sehr spät und beginnt morgens sehr früh.

Die Stellungnahme des Arbeitsgeberverbandes in Bezug auf die Forderung einer Wirtschaftshilfe wurde als unverständlich abgelehnt. Nach ausgiebiger Debatte wurde dann die Stellung der Verammelten in folgender Entschliessung zum Ausdruck gebracht:

„Die verammelten Straßenbahner nehmen Kenntnis von dem Schreiben des Arbeitsgeberverbandes betreffend Ablehnung einer Wirtschaftshilfe.“

Die Verammelten gegen die Auffassung, daß die Lebensverhältnisse die Gewährung einer Wirtschaftshilfe nicht zulaßen.

Das hier in Frage kommende Personal hat unter ganz besonderen schwierigen Arbeitsverhältnissen zu leiden. Der unregelmäßige Dienst, der mehrmalige Beginn der Arbeitzeit an einem Tage, stellen ganz besondere Anforderungen auch in Bezug auf die Lebensverhältnisse selbst. Die heute gezahlten Löhne leben im strikten Widerspruch zu den an das Personal gestellten Anforderungen.“

Die Verammelten erwarten (erwarten sie wirklich? D. Red.) deshalb, daß der Magistrat der Stadt Halle sich um die geeigneten Schritte unternimmt, um noch vor Weihnachten die Auszahlung einer Wirtschaftshilfe zu ermöglichen. Die Betriebsräte werden beauftragt, die erforderlichen Schritte bei den Organismen zu unternehmen.“

Den Unorganisierten wurde zugeführt, endlich Schluß zu machen mit ihrer Gleichgültigkeit und sich ebenfalls der großen Welle der Belegschaft anzuschließen und sich im Deutschen Verkehrsband zu organisieren.

Die Opposition bemerkt hierzu, daß es aber gerade die reformistische Führung der freien Gewerkschaften ist, die die Arbeiter abschält, in die Gewerkschaften einzutreten. Sie muß deshalb verlangen, daß die Kollegen sich aufrufen, ihre Organisation selber auszubauen, revolutionäre Vertrauensleute bestellen.

zur Durchführung des notwendigen Kampfes gegen die Ausbeuter und den Reformismus.

Wenn einer „Meister“ geworden ist

Am 1. In der Filmfabrik W. Koffen wurde an einem Transportband der Arbeiter für die Einparatieren herausgeführt. Da es nun durch diese Maßnahmen für die Arbeiterinnen nicht immer möglich war, den einfachen Stundenlohn zu erreichen, so ließen sie die Arbeit liegen und erklärten einmütig, daß sie für diesen Lohn nicht weiter arbeiten würden.

Wie oft hört man die Worte: „Ein bißchen leibhaft“ oder „Frei willig“ von ihm. Man ist solche Redensarten von Meistern schon gewöhnt, aber gerade von „Meister“ Mandel solches zu hören, hätten viele, die ihn von früher kennen, nicht geglaubt. Wenn die Arbeit nicht so geht wie er es haben will, also nicht so schnell wie er es möchte, dann kommt er mit seiner unbegrenzten Einbildung und erklärt: „Ich lasse sofort aufhören mit der ganzen Arbeit. Wenn der Tag herum ist, will „ich“ auch was sehen.“

Nun, „Herr“ Mandel, wir wissen Ihnen, warum Sie dies alles tun. Wir wollen es aber heute noch für uns behalten, sollten Sie sich aber nicht ein bißchen ändern, so werden wir das nächste Mal deutlich. Eine Frage geben wir Ihnen aber mit auf den Weg: Sind Sie, als Sie noch Arbeiter waren, einer von denen gewesen, die immer schnell ließen, oder haben Sie die Art, wie man Arbeiter auspowert, gelernt, als Sie hinter den „Dösel“ hergelaufen sind?

Arbeiter, leht Euch nicht auf Leute an, man begegnet ihnen schließlich einmal, wenn sie Lust auf gleichem Kopfen sehen.

Neue Besen — müssen besüht werden

Am 1. In der Filmfabrik W. Koffen wurde an einem Transportband der Arbeiter für die Einparatieren herausgeführt. Da es nun durch diese Maßnahmen für die Arbeiterinnen nicht immer möglich war, den einfachen Stundenlohn zu erreichen, so ließen sie die Arbeit liegen und erklärten einmütig, daß sie für diesen Lohn nicht weiter arbeiten würden.

Bei drei Jahren auf dem Ausarbeiter und heute wohlbehalten und sogar mit einem Auto ausgestatteter Betriebsführer. Am Verkehrsbande als „Generals“ bekannt und von seinen untergebenen Angestellten und Arbeitern „hochgeschätzter Herr“. Wir werden beizuge zu erfahren, ob dieser „H“ in seiner vorherigen Tätigkeit auch solche Glanzjahre wie hier aufzuweisen hatte. — Nun, die Kränne eines „H“ werden auch nicht ohne Anstoß in den Himmel weisen.

Ein Kollege zart behalteter Herr scheint von der Bruderdorf nach der Brückstraße W. W. verpagene „A“ zu sein. Seit 4 Wochen hat er der Belegschaft den ihr zugehörenden Lohn schon vorenthalten und jüngeren Kollegen zu drohen, daß er sie in die Freie schlagen werde.

Die Betriebsvertreter bezeichnet er als Hampelmänner. Nun, Herr „A“, die Betriebsvertreter werden den Beweis wohl schon erbracht haben, daß sie keine Hampelmänner sind und daß sie bis jetzt immer das Bestreben hatten, sich offen auszusprechen. Die Betriebsvertretung ist fast genug, ihre Aufgabe als Führung der Belegschaft zu erfüllen. Als Verdrehungsminister aufzutreten überläßt sie anderen Leuten. Auch dieser Herr wird zur Einlicht gebracht werden müssen, daß er nicht Laubhühner hier im Betrieb spielen kann und daß die Belegschaft nicht gewillt ist, Schindluder mit sich treiben zu lassen.

Schwerer Betriebsunfall

In der Celluloidfabrik Eilenburg verunglückte der 23jährige Schlosser Bruno Janis. Er wollte einen Flaschengang an einem über einer Maschine aufgestellten Gestell anbringen, dabei gibt er ab und stürzte von der Maschine, auf der er stand. Er wurde sofort in das Städt. Krankenhaus überführt werden. Er hat mehrere Verletzungen erlitten.

Last eine Anwartschaft in der Angestelltenversicherung nicht verfallen!

Alle Anwartschaften in der Angestelltenversicherung werden bis einschließlich 1925 als aufrechterhalten ohne Rücksicht darauf, ob für einzelne Jahre zu wenig Beiträge oder kein Beitrag entrichtet wurde. Erst ab dem 1. April 1926 an greifen die allgemeinen Vorschriften Platz, nach denen der Versicherte von weitem bis ersten Kalenderjahre seiner Versicherung jährlich mindestens acht, vom zweiten Kalenderjahre an jährlich mindestens vier Beitragsmonate zur Erhaltung der Anwartschaft nachweisen muß.

Die Nachzahlungsfreiheit der freiwilligen Beiträge für das Jahr 1926 endet mit dem 31. Dezember 1928. Jeder berufsständige Versicherte, der von 1913 bis Ende 1925 mindestens vier Pflichtbeitragsmonate nachweisen kann, hat bis zum Schluß des Jahres 1928 noch die Möglichkeit, seine Versicherung wieder aufleben zu lassen.

Wer im Jahre 1914 oder später in die Angestelltenversicherung eingetreten ist, muß für 1928 acht Beitragsmonate nachweisen. Für die bereits 1913 bis 1915 eingetretenen Versicherten genügen für 1928 vier Beitragsmonate.

Freiwillige Beiträge sind für die Zeit vom 1. April 1928 an in dem dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse mindestens aber in Klasse B zu entrichten. In Klasse B können Beiträge von solchen Versicherten geleistet werden, die ohne Einkommen sind oder deren Einkommen im Monat den Betrag von 100 Mark nicht übersteigt. Für die Zeit vor dem 1. April 1928 sind freiwillige Beiträge mindestens in der Gehaltsklasse zu entrichten, die dem Durchschnitt der letzten vier Pflichtbeiträge entspricht oder am nächsten kommt. In einer niedrigeren Beitragsklasse ist die freiwillige Versicherung für die Zeit dann zulässig, wenn diese Gehaltsklasse dem Einkommen des Versicherten entspricht. Es ist nicht zulässig, die Entrichtung freiwilliger Beiträge bis zum letztzulässigen Zeitpunkt aufzuschieben. Dem regelmäßig ist nach Eintritt des Versicherungsfalles die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge unzulässig.

Jeder freiwillig Versicherte regle daher möglichst laufend, wenigstens aber bis zum Schluß jeden Kalenderjahres seine Versicherung.

Die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge für arbeitslose Versicherte sind nach § 129 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 während des Stagnans der Hauptunterstützung vom Arbeitsamt in Klasse B zu entrichten.

Werbt für den „Klassenkampf“



Merseburg-Leuna-Querfurt

Brief aus dem Kinderheim Bartenhoff in Worswebe

Sehr geehrte Herr!
 Heute will ich Euch schreiben, wie mein Vater in Ottawa verhaftet wurde und warum ich in das Arbeiter-Kinderheim Bartenhoff kam.
 Früh morgens, als wir aufstanden, kam ein Postbote und fragte, ob bei uns die Polizei war. Mein Vater sagte, die Polizei wäre noch nicht da gewesen. Bald kam eine ganze Schar von Polizisten. Sie stellten bei uns Hausdurchsuchung, fanden aber nichts. Dabei suchten sie in der Wäsche herum und nahmen meine Kleiderstücke, die ich in der Schule gemacht hatte, mit. Auch die Adressen von meinen Onkeln und Tanten nahmen sie mit. Dann untersuchten sie meinen Vater, ob er etwas bei sich hatte; aber auch da fanden sie nichts. Die Polizisten nahmen meinen Vater mit und wir meinten alle sehr. Meine Mutter weinte und schimpfte auf die Polizei, aber sie kümmerten sich nicht darum, was meine Mutter sagte. Als meine Mutter den nächsten Tag auf die Polizei ging, sagte einer, man solle die Mutter verhaften und den Vater frei-

In wollest

*Nach dem 1. Advent
 der Roben-Filze "unverküppelt"
 Ich geht schnell zur
 Weihnachtsgesammlungs!!*

lassen. Aber dann bestellten sie doch den Vater. In der Nacht, als alle Leute schon schliefen, schlugen die Polizisten meinen Vater mit dem Gummiknüppel auf die Brust. Am andern Tage kam mein Vater aus dem Gefängnis. Wir gingen morgens nach dem Gefängnis, um meinem Vater Essen zu bringen. Da sagte man uns, mein Vater sei schon fort. Wir wollten es zuerst gar nicht glauben. Meine Mutter wusste nicht, wohin mein Vater gegangen war. Bald danach kam dann berittene und bewaffnete Polizei in unser Haus und suchte nach meinem Vater. Als sie ihn nicht fanden, suchten sie auch bei meinen Verwandten und Bekannten. Dann ritten sie betäubt weg, weil sie gar nichts finden konnten.
 Mein Vater war durch eine Wunde gegangen, wo lauter Schichten mochten. Es mochte dort aber auch eine gute Genesung, die sich aber nicht ereignete. Mein Vater aufzunehmen, weil er von den anderen benutzten werden konnte. Kaum war mein Vater fortgegangen, da kam auch schon die Polizei und suchte bei dieser Genesung nach meinem Vater. Dann ließ mein Vater über die Grenze nach Deutschland gehen. Meine Mutter, ich und meine Schwester sind auch nach England gefahren.
 Da mein Vater und meine Mutter immer noch keine Arbeit finden konnten, hat uns die Rote Hilfe Königsberg in das Kinderheim der Rote Hilfe Deutschlands nach Worswebe bei Bremen, Arbeiter-Kinderheim "Bartenhoff" geschickt. Meine Schwester und ich sind jetzt seit vier Wochen hier. Es gefällt uns sehr gut. Wir bleiben bis zum 28. Dezember hierbleiben. So können wir auch Weihnachten hier feiern. Alle Kinder freuen sich schon sehr auf unsere Weihnachtsfeier. Hier können wir so viel essen, wie wir wollen. Dann haben wir unter anderem Bett in einem schönen Zimmer. In den vier Wochen, wo wir jetzt hier sind, haben wir fünf Pfund aufgenommen. Andere Kinder, die acht Wochen hier sind, haben auch bis zehn Pfund aufgenommen.
 Mit Rote-Hilfe-Gruß
 Berta Grimm, 11 Jahre alt."

Je mehr Kinder, je mehr Segen . . .

So lautet ein christliches Sprichwort zur Begrüßung der Arbeiter. Dabei weiß heute jeder, mit welchen unendlichen Sorgen das Kindertrien verbunden ist. Die meisten kalten und fäulenden der Sorge und des Kummers in den Gehirnen der Arbeiterkinder sind die sichtbaren Zeichen des "Kindertrien". Es wird hin und her genommen und probiert. Man legt nichts auf seine Kinder mehr, jetzt ist's Schluss! Einen angestrichelten Monat nach dem anderen. Bis daß die Frau erklären muß: "Ich liege wieder drin."
 So geht es Millionen Arbeiterfamilien. Man möchte verzweifeln und weiß nicht, oder es ist zu teuer. Gemäß besteht bei jedem Arbeiter das Bestreben, das Kindertrien einzustellen, mit Ausnahme derjenigen natürlich, die sich die Verzeigerung verdienen möchten. Wo keine benutzte Geburtenregelung, da ist die Not der treibende Faktor.
 Wie sehen wir Kommunisten nun zum Kindertrien? Die Frage ist natürlich nicht so zu stellen: Ist der Kommunismus der viel Kinder hat, oder der, der keine hat? Wir lassen für bewusste Geburtenbeschränkung sein. Wenn es trotzdem Genossen gibt, die



HUMOR-ECKE

Der Sonntag
 Die Welt am Abend" meldet:
 "Am nächsten Sonntag findet ein Schlagschlag statt."
 So lang möchte man sich jeden Sonntag wünschen!

Kein Wunder
 Schlichter Großmann trifft einen ehemaligen Parteigenossen auf dem Wege zu einer neuen Verhandlung mit den Unternehmern und Arbeitervertretern.
 "Na, wie geht's?", fragt er den Bekannten.
 "Gut", meinte dieser.
 "Und ich leide fortwährend an Unwohlsein", beklagte sich Großmann.
 "Kein Wunder", erwiderte der andere, "nach so viel Schweiß!"

Familienhoff
 Fräulein Gertha Gröbel, die Kinostudien, sah mit ihrer Mutter und Großmutter.
 Da trat der Briefträger ein und sagte: "Eine Postanweisung - fünfzehn Mark - Alimente für Fräulein Gröbel."
 "Fräulein Gröbel - das bin ich", riefen Tochter, Mutter und Großmutter wie aus einem Mund.



Nette Elpse
 "Der Müller sieht ja jetzt wegen dem Demozomb."
 "Manu, mit hat er gesagt, er ging zu seiner Verwandten."
 "Stimmt doch, die sind ja auch alle da!"



Kein Kassenarzt
 "Freuen Sie sich doch, wenn Sie keinen Appetit haben, die Nahrungsmittel sind doch alle teurer geworden!"
 Er will Minister werden
 Ein kleiner, frech aussehender, etwa sechszwanzigjähriger Bengel pöbelte, die Füße tief in die Hofentaschen verkerzt, in einer Partisanenpose, in der zufälligerweise Minister Severing prominent. Der Kleine fragte: "Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißes Band."
 Severing packt den Jungen am Ohr. "Was sagst du da?"
 "Den Sozialistenmarsch", gibt der Kleine prompt zur Antwort.
 "Sollst du denn lügen, du Bengel!", rät

Weißentfels-Zeit

Abwanderung in die Gefilde der Gottlosen

Schon wieder müssen wir vom Ahringer Seelenkirren berichten. Wie dumm dieser Dürle seine Beserbe hält, geht aus folgendem Schreiben hervor:

Ahrlich, den 6. Dezember 1928.

Herrn Hermann Krüger und Frau Anna Krüger.
 Bei der Abmeldung Ihrer Tochter vom Religionsunterricht habe ich Kenntnis genommen. Da Ihre Tochter Ida nun auch nicht konfirmiert wird, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß dieselbe damit alle kirchlichen Rechte verliert, was das Batrecht, das kirchliche Wahlrecht, das Recht der kirchlichen Trauung, das kirchliche Beerbigung und das Recht, an der kirchlichen Abendmahlsfeier teilzunehmen. Ebenso verlieren Sie als Eltern das Recht der kirchlichen Beerbigung.
 Bestat. Voelcker.

Als ob das alles nicht selbstverständlich wäre, Herr Seeliger. Wenn jemand der Kirche den Rücken kehrt, da stellt er auf ihre Seelenrechte! Aber in dem Falle, Herr Seeliger, können wir Ihnen nicht recht geben, wenn die Eltern ihr Kind vom Religionsunterricht abmelden, so verlieren sie selbst noch lange nicht das Recht der kirchlichen Beerbigung nach Ihrer kirchlichen Gesetzgebung. Allerdings ist es richtig und konsequent, wenn auch die Eltern der Kirche den Rücken kehren. Unserer Ansicht nach gehen Sie, Herr Krüger, mit Ihrem Schreiben auf Dummenfang aus. Sie wollen die Eltern dazu bewegen, ihren Schritt wieder rückgängig zu machen. Da werden Sie aber wenig Glück haben. Für viele Protesten wird das ein Ansporn sein, der Kirche den Rücken zu kehren.

Weißentfels. Die Auszahlung der Weihnachtsbeihilfe an Sozialrentner erfolgt am Dienstag, dem 18. Dezember 1928, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Geht Schwere Unglück auf der Straße. Um Michaelis-Rückfall rampte ein Wagen einen vor einem Schaulustiger stehenden leeren Kohlenwagen. Die Wagenhecke schlug herum, trat eine zufällig vorbeigehende Frau gegen den Unterleib und drückte sie in das Schaulustiger. Die bedauernswerte Frau, Mutter von drei Kindern, fielen in Kranenjanke.

Gründungsdenk der Arbeiterkassenliga a u z e 1. Monats und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und 1/2 bis 1/2 Uhr abends. Mitgliedsbeitrag nur eine Groschen-Runde von 2 bis 3 Uhr. Monatshefte keine Gröndungsdenk.

Aus dem Saalkreis

Aus der Gemeinde Annendorf

Sozialdemokraten und Ordnungsbild verhängen die Wohnungslosen an gemeinnützige Baugesellschaften - Abschnung einer Unterbringung der Güterrentner durch die SPD.

Die Tagesordnung der letzten Gemeindevorstandssitzung weist 20 Beratungspunkte auf. Es werden zunächst Arbeiten und Vorfälle vorgelesen für die Neubauten in der Elberstraße, die Bauehallen in der Heiligen Straße, die Kanalarbeiten an der Straße im Ortsteil Annendorf am. Auf dem Arealplatz soll eine Eisenbahn errichtet werden. Die Steinstraße wird durch die Firma Lindner ausgebaut. Die Wohnungslosensitzung, welche alljährlich zur Neuwahl steht, wurde wieder gewählt, resp. neu besetzt.

Bei Punkt 15, welcher die Unterbringung der Güterrentner betrifft, kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Es handelt sich um folgendes: Die Gemeinde will einer Baugesellschaft der "Demow" in Halle, betreten. Deren Geldgeber sind die "Volkshilfsvereine", die Arbeiterbündel usw. Damit die "Demow" in Annendorf bauen kann, muß die Gemeinde Mitglied werden durch Beteiligung mit Anteilen. Der dann eine Wohnung haben will, muß 300 bis 500 Mark einzahlen. Die Verfügung über diese Wohnungen hat die gemeinnützige Baugesellschaft und liegt in den Händen des Vorstandes. Die Mietten werden sehr niedrig festgesetzt, werden durch die Arbeiterkassen der Gemeinde, durch Aufbringung von 25.000 Mark leitens der hiesigen Industrie, weiter durch Arbeitgeber-Darlehen und mit Hilfe von Leuna. Das bedeutet glatt: Wohnungslosigkeit gegen den kommunalen Regenten, Schaffung einer Art Baugesellschaft, Übertragung aller Renten auf die Baugesellschaft.

Die SPD will unbedingt der von ihr geführten "Demow" beitreten, vor allem kommt es ihr darauf an, den Anschlag zu vollziehen, ohne darauf bedacht zu sein, daß das von der Arbeiterkassen aufgebracht Vermögen der Volkshilfsvereine nur wiederum schwer verliert werden muß, anstatt die Volkshilfsvereine den Kommunen Ansehen zu billigem Zinsfuß zur Verfügung stellt.
 Unsere Genossen traten vielen Auffassungen entgegen. Wir treten nur solchen Genossen bei, wo die Kommune das Selbstverfügungs- und Bestimmungsrecht hat und der Schutz der Arbeiter gesichert ist. Zu etwas anderem können wir unsere Zustimmung

nie geben, denn feststehend ist die Arbeiterkassen schon zur Genüge. Wenn die Sozialisten Gelder zur Verfügung hat, wie sie selbst zu gibt, so soll auch sie diese zur Verfügung haben, wie sie selbst zu gibt. Die Abstimmung ergab, daß Ordnungsbild und SPD, für den Anschlag stimmen an die beiden Baugesellschaften "Demow" und Leuna der Arbeiterkassen.

Unsere Genossen beantragen dann, daß ein neues Bauvorhaben Leuna des Baurettes ausgearbeitet wird, welches in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden soll.

Bei dem nächsten Punkt ergibt sich für die SPD, die in ihrer Situation. Unsere Genossen hatten den Antrag gestellt, das ausgeführt, noch auf der Straße liegenden 5 Hektar a b e i e n 1000 Mark zu bewilligen. Sollte Leuna keine die SPD, in der Defizitfähigkeit schwer betreten. Dem SPD-Gemeindevorstand hat ein Gesuchen an, weil es im Antrag steht, der Betrag ist zu leihen an die Zentralbank. So stimmen sie dem geschlossenen mit ihrem Ordnungsbild gegen die 100 Mark.

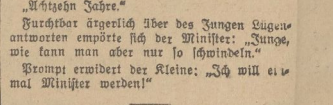
Ein weiterer Antrag, 5000 Mark als Weihnachtsbeihilfe für die Sozialrentner zur Verfügung zu stellen, wurde einstimmig angenommen. Unsere Genossen hatten außerdem noch den Antrag gestellt, für alle hilfsbedürftigen, einschließlich der Erwerbslosen, 3000 Mark zu bewilligen. Dieser wurde ebenfalls von SPD und Ordnungsbild abgelehnt. Sie fallen mit unter die besitzlosen 5000 Mark fallen, eventuell soll der Betrag, wenn es notwendig ist, etwas erhöht werden.

Gemeindevorstand. Gemeindevorstandssitzung, Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr findet im Gasthof "Zur Linde" eine Gemeindevorstandssitzung mit 18 Tagesordnungspunkten statt. Unter anderem Beschlußfassung über den Bau einer Schule und Bau einer Arbeiterkassen. Alle Arbeiter werden diese wichtige Gemeindevorstandssitzung besuchen.

Kommun. Fuverbindung Rönne - Jadenstedt. Die Oberbürgermeister plant die Gründung eines regelmäßigen Autonehrer-Jadenstedt-Friedberg-Könnern. Hierdurch würden mehrere größerer Ortschaften Anschlag an die Bahnlinie Halle-Halberstadt bekommen.

Erfreut das Kind: Schacht Roller, Kinder-Fahrräder, Buh-Buh, Selbstfahres, Seesackpferde, Fahrere Spezial-Abteilung
Gummi-Bieder Große Steinstraße und Bräderstraße, Nähe Markt

Severing. "Wie alt bist du denn schon überhaupt?"
 "Achtzehn Jahre."
 Fürchterlich ärgerlich über den Jungen Augenschein ermpörte sich der Minister: "Sag, wie kann man aber nur so schwindeln."
 Prompt erwidert der Kleine: "Ich will es einmal Minister werden!"



Kunstverständnis



Weggehermeister in einer Kunstausstellung den Sündenfall betrachtend. Pöhlisch meint es: "Sag, dat gäh aber 'nen Würstchen!"

Arbeiterfeindliche Bürgerblutpolitik im Delizischer Parlament

Weihnachtsbeihilfen für die Armen abgelehnt — Einen alten Steinfaß für 75000 Mark gekauft

Die Sitzung befaßte sich mit wenig wichtigen Punkten und war von kurzer Dauer. Anträge des Kleingartenvereins sowie eines Polizeibeamten auf Beihilfe sollen auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden.

Ein Antrag auf Errichtung einer Benzinanstalt vor dem Grundstück Lehmann, Leipziger Straße 24, wurde zugestimmt. Ein anderer Antrag vor dem „Eisernen Kreuz“ wurde abgelehnt. Eine Erlaubnis Mietzins im Werte von 81000 Mark nahm man an.

Dem Antrag des Schäfers, für das Reparaturwerk ursprünglich 150000 Mark, wurde nunmehr für 75000 Mark ausgemittelt.

Die kommunizistische Fraktion präferierte besonders das Verbot der preussischen Regierung an.

Der Stadt Delitzsch hat für das Sommergebäude nicht einen Pfennig bewilligt. Nach langem Verhandeln wird der Stadt für den alten Steinfaß (Schloß genannt) noch 75000 Mark abgefordert. Einbringen wird er somit nichts. Wohl die Finanznot wird noch größer.

Für den 6. Bezirk wurde der Genosse S. Kaulitz als Vorkämpfer der Arbeiterfraktion und der Genosse Fr. Simon als Stellvertreter gewählt. Für den 7. Bezirk Gewinnst. Hoffmann als Vorkämpfer und Lehrer Biernagel als Stellvertreter.

Ein Antrag der katholischen Arbeiter sowie ein gleicher der kommunistischen Fraktion auf Gewährung einer Winterbeihilfe in Höhe eines Wochenlohnes kam nicht zur Beratung, da die bürgerliche Mehrheit die Dringlichkeit ablehnte.

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, allen Erwerbslosen, Sozialrentnern und Vorkämpferfraktionen eine einmalige Unterstützung in Höhe von 20 Mark und für jedes Kind 5 Mark, zu gewähren wurde ebenfalls vom gesamten Bürgerstadtrat abgelehnt.

Der Magistrat bewilligte die Aufnahme einer Anleihe von 500000 Mark zur Durchführung der dringenden Arbeiten. Die kommunizistische Fraktion unterstützte dies Vorhaben und betonte, daß das Bürgeramt und die bürgerliche Mehrheit wohl über den schlechtesten Zustand der Straßen stöhnen, aber die bürgerliche Fraktion stets alle Mittel für die Erweiterung abgelehnt habe. Die kommunizistische Fraktion hat wiederholt die Wege gezeigt, wie und wo die Mittel aufzubringen sind, Verbesserung der hohen Einkommen und höhere Übernehmungen an die Gemeinden, so und nicht anders ist ein Ausweg möglich.

Die Arbeiterfraktion ist bereits ausgemergelt wie die Straßen der Stadt Delitzsch und wird sich gegen jede weitere Belastung zur Wehr setzen.

Trockene Zustände im künftigen Wasserwerk

Die Stadt Delitzsch ist bereits ohne Wasser. Worin liegen die Ursachen? 1. Die Brunnen versiegen. 2. Das Kohlenzeil ist nicht in Ordnung. 3. Eine Reinerhaltung ist überhaupt nicht vorhanden.

Es ist nicht das erstmal, daß die Stadt Delitzsch ohne Wasser ist. Wiederholt wurden diese Zustände im Stadtparlament behandelt. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die Wertleistung den nötigen Ernst bei ihrer Arbeit vermissen läßt. Wie lange noch soll dieser Zustand anhalten? Lebenswichtige Betriebe und Unfälle sind hart gefordert. Der entstandene Schaden ist nicht gering und die Vermaltung scheint die Tragweite dieses Zustandes immer noch nicht erfasst zu haben.

Am Jahre 1926 wurde der Wasserbau des Wasserwerkes von rund 200000 Mark genommen, um den Etat des Hauswirtschafts balancieren zu können.

Eine Politik die sehr farsüchtig war. Die Stadterordneten mußten damals ihre Ämter niederlegen, um in Zukunft derartige Experimente zu unterlassen.

Dem Desernenten kam natürlich der Vorschlag, daß auf dem Gebiete nicht sofort durchgegriffen wurde, nicht erspart werden. Das nun entstand ist auch nicht die lange, ganz richtig begründete Desernierung.

Was nicht es, Herr Desernent, überall neue Wasserläufe anzubringen und dabei das wichtigste Arbeit zu lassen? Erst die innere Organisierung des Betriebes ist nötig. Klappert dort der Brunnen, kann man an die äußere Organisierung herangehen. Um den Wasser (Wasser ist logar nichts erforderlich) braucht man nicht zu bangen. Herr Desernent, beantragen Sie sofort Mittel, auch wenn es schwer fällt; Delitzsch ist schon durch viele Straßen bebaut und es ist nicht notwendig, daß die Wassererzeugung denselben Fehler zeigt.

Die Einwohnerfraktion der Stadt Delitzsch verlangt umgehend Hilfe und Garantie, daß derartige Fälle ein für allemal verhindert werden.

„Teuflische“ Turner als Kampfzähne

„Teuflische“ Turnerfraktionen finden sich zu Wasser und zu Lande! Mandmal selbst auf einem kleinen Dörfchen, wie zum Beispiel im Dorfein Bezditz (Kreis Torgau). Es ist eine Hochburg der

Nur Freude haben Sie

Gummi-Bieder

200. Feiern und Veranstaltungen 10 Jahre AFD.

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

„Noter Frontkämpfer-Bund“

Deutschnationalen — wo gelegentlich sich die Fäulnis „gute Nacht“

„Lange, auch schon lange, hatte die Kreisleitung der „Teuflischen“ Turnerfraktion...“

„entlich erschien der Stern von Delitzsch in Gestalt eines nationalsozialistischen Verkehrs“

„allerdings hieß „kleiner Lehrer“ — der große oder erste Lehrer...“

„Doch Philipp-Soßi schaute mit schmerzlicher Miene auf...“

„Er wurde nur zweiter Turnwart. Mit geringem Honorar und...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

„Doch Philipp-Soßi hatte auf den ganzen Front...“

Wischla. Beim Rodeln verunglückt. Am Donnerstag...
Grünwald. Ubforkung. Wie verlautet, soll auch in diesem Winter ein Streifen Holz gefällt werden, um den Einschnitt der Rumpelgrube östlich des Sorgenberges weiter westwärts durch den staalkhisen Grünwald fort zu verlängern.

Bitterfeld-Wittenberg

Gräfenhainichen. Im Eisenbahnstapel herabst. Im Gräfenhainichen mehrere ein Pfeiler, daß ihm im Zuge auf der Fahrt von Berlin bis Wittenberg 450 Mt. gelöhnen worden seien. Angeblich hat ihm ein Wirtzfelder eine Zigarette angeboten, die ihn einflüßerte.

Wittenberg. Verunglückt. Am Freitagmittag verunglückte der Arbeiter Ernst Richter aus Gadow auf seiner Arbeitsstelle. Dem Verunglückten war ein schwerer Gegenstand auf den linken Fuß gefallen, wodurch er eine schwere Blatztrennung erlitt. Er wurde mit dem Sanitätsauto zum Arzt gebracht.

Wittenberg. Vier Finger abgequetscht. In seiner Werkstatt verunglückte am Freitag morgen der Schloßer Laube. Er verletzte mit dem linken Hand in einem Eisenstück vier Finger abgequetscht. Der Verletzte wurde einem Arzt zugeführt.

Wittenberg. Einbruch in ein Konfektionsgeschäft. Mit Hilfe eines Glashebers, mit dem sie sich in die Fensterscheibe schmeißen, drangen noch unbekannte Täter nachts in den Laden der Konfektionsfirma Grete. Wäster in Wittenberg ein. Den Dieben fielen Perlenohrringe, Damenschuhe und Wäsche in die Hände.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

Wittenberg. Richtig! In der Stadt Wittenberg sind die Arbeiter in der letzten Zeit, daß in der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde. In der letzten Zeit eine Dienstfahrt begehrt aufgefunden wurde.

